

«Beitritt stärkt Souveränität»

NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ

INTERVIEW STEFFEN KLATT

Die Schweiz brauche in der Europapolitik mehr Unaufgeregtheit, sagen die beiden Co-Präsidenten der Neuen Europäischen Bewegung. Jeder neue Schritt in Richtung Europa müsse daran gemessen werden, ob ein Beitritt zur EU nicht mehr Vorteile brächte.

Haben Sie Toni Brunner schon gedankt?

MARTIN NAEF Wofür?

Dafür, dass seine Partei mit der Masseneinwanderungsinitiative eine Europadiskussion ausgelöst hat.

MN Nein, ich habe ihm nicht gedankt. Ich bin einer Provokation nicht dankbar. Aber jetzt müssen wir über Europa diskutieren. Ich hätte mir gewünscht, dass die Europadiskussion auf eine andere Weise ausgelöst worden wäre. Vorher sind wir im Schlafwagen des Bilateralismus eingeschlafen, alle Akteure. Die Mitte hatte sich von einer proeuropäischen Haltung wegbewegt.

Hat die Westschweiz auch geschlafen?

FRANÇOIS CHERIX Ja, das Phänomen gab es auch bei uns. Die Schweiz befindet sich heute dort, wo sie sich mit ihrer Passivität selbst hinbewegt hat. Sie hat erstens geglaubt, dass sie einen «Königsweg» im Verhältnis zur EU gefunden hatte.

MN ...das ist das, was Bundesrat Schneider-Ammann sagt...

FC Zweitens war in der Schweiz der Glaube weit verbreitet, dass man sich den Nationalisten nicht entgegenstellen müsste. Drittens wurde geglaubt, die Proeuropäer seien politisch tot und das Thema Europa hätte sich erledigt. Das sind drei fundamentale politische Fehler, die uns in die heutige Situation geführt haben. Heute bezahlen wir den Preis dafür.

Geht jetzt die Europadiskussion in die richtige Richtung?

MN Es gibt eine beredte Ratlosigkeit, keine wirkliche Diskussion. Ständig gibt es neue Vorschläge. Es braucht nun mehr Unaufgeregtheit.

Die Gesetzgebung für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative kommt nun in den parlamentarischen Prozess. Wir werden sehen, wie sie aus diesem Prozess herauskommt und wer dann weshalb dagegen das Referendum ergreift.

Ausgerechnet die Proeuropäer sollen Unaufgeregtheit in die Diskussion bringen?

MN Sie dürfen nicht vergessen: Die EU hat uns schon vor dem 9. Februar gesagt, sie mache mit uns keine bilateralen Abkommen mehr, bevor es nicht eine institutionelle Lösung für die Weiterentwicklung des Rechts und für die Streitschlichtung gebe. Wir müssen dafür also eine Lösung finden, nicht nur für einzelne neue Abkommen wie Chemie, Strommarkt oder Finanzdienstleistungen. Wir brauchen eine Lösung für ein verlässliches, rechtssicheres Verhältnis zur EU, unabhängig vom 9. Februar. Das heisst auch, dass wir früher oder später wieder eine Volksabstimmung machen müssen über unser Verhältnis zur EU, ob wegen eines Referendums oder einer Initiative. Und das braucht es eben gerade auch für Ihre Leser, die KMU. Für den Zugang zum Binnenmarkt braucht es mehr als ein Freihandelsabkommen.

Wollen Sie diese Volksabstimmung bereits bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative?

FC Zum Beispiel. Wir sind in einer paradoxalen Situation. Auf der einen Seite scheinen wir in einer völligen Orientierungslosigkeit zu stecken; Es gibt auf Seiten des Bundesrates keinen Fahrplan. Es gibt keine sichtbare und nachhaltige Europapolitik. Auf der anderen Seite gibt es ein wachsendes Bewusstsein in der Bevölkerung dafür, dass wir Proeuropäer recht haben: Der Alleingang ist ein reelles Risiko. Die Schweiz kann nicht mehr gleichzeitig in der EU sein und ausserhalb.

MN ...genau.

FC Bisher wollte die Schweiz bei den Vorteilen dabei sein und bei den Nachteilen draussen. Diese Zeit ist vorbei. Und das führt zu einer Volksabstimmung.

MN Schon vor dem 9. Februar war klar, dass der Bilateralismus an einem Scheideweg angelangt war. Wir müssen uns entweder dem

europäischen System angleichen, oder jede andere Lösung muss sich immer auch an der Option eines Beitritts messen lassen. Auch ein institutioneller Rahmenvertrag muss sich immer daran messen, was der Nachteil eines Beitritts ist.

Sagen Sie damit nicht das gleiche wie Christoph Blocher, dass der bilaterale Weg früher oder später in die EU führt?

MN Die Schweiz ist in einer sehr schwierigen Situation. Die Nebs hat immer eine behutsame Politik der Annäherung an die EU mitgetragen. Wir tun das auch weiterhin. Wir sind keine Fundis. Wir sagen aber, dass sich jede Lösung daran messen lassen muss, ob sie auch die Mitsprache bringt, die wir mit der Mitgliedschaft hätten.

Für Sie ist also die fehlende Mitsprache der grosse Nachteil der Bilateralen?

MN Ja. Der sogenannte autonome Nachvollzug ist das Unwort des Jahrhunderts.

FC Eine der grossen Beiträge der Nebs zur Diskussion in der Schweiz ist der Begriff der «passiven EU-Mitgliedschaft». Das ist eine präzise Formulierung dessen, wohin die Schweiz sich entwickelt. Was uns fundamental von Blochers Analyse unterscheidet: Wir gehen davon aus, dass eine EU-Mitgliedschaft zu einem Zuwachs von Souveränität führt und nicht zu einem Verlust.

MN ...genau. Vor allem in der Deutschschweiz gibt es eine Sicht: dort die böse EU, hier die Schweiz. Die Nebs geht auf 1934 zurück, als in Basel eine erste grosse europäische Bewegung gegründet wurde. Das war ein Gegenmodell zum Faschismus und zum aufkommenden Krieg, und zwar kein linkes Gegenmodell, sondern ein europäisches. Diese Werte halten wir noch immer hoch, die Werte der Freiheit und der Menschenrechte. Wenn wir in der Schweiz so tun, als ob wir nichts mit Europa und seinem Integrationsprozess zu tun hätten, dann machen wir uns etwas vor. Im Gegenteil: Wir könnten einen durchaus interessanten Beitrag leisten in den europäischen Institutionen.

Welchen?

MN Einen Beitrag hin zu mehr Subsidiarität und mehr Demokratie.



ZU DEN PERSONEN

FRANÇOIS CHERIX (o.) Jahrgang 1954, ist seit Mai Ko-Präsident der Neuen Europäischen Bewegung (Nebs). Der Jurist war unter anderem Mitglied des Waadtländer Grossen Rates und Präsident von Renaissance Suisse Europe, einer der Vorgängerorganisationen der Nebs.

MARTIN NAEF (u.) Jahrgang 1970, ist seit Mai Ko-Präsident der Neuen Europäischen Bewegung und Zürcher SP-Nationalrat. Der Jurist ist in der Geschäftsleitung der Zürcher Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde tätig. Vorher war er unter anderem beim KV Zürich tätig und Jugendanwalt in Dietikon.

Was hiesse es für die direkte Demokratie, wenn die Schweiz der EU beiträte?

MN Liechtenstein gehört seit zwanzig Jahren dem EWR an. In dieser Zeit hätte es zweimal ein Problem zwischen dem EU-Recht und den Volksrechten gegeben: beim Alpenschutz und beim Genmoratorium. Es ist ein Mythos zu meinen, dass Europa mit der direkten Demokratie kollidiert.

Kann das Volk eine EU-Richtlinie per Referendum ablehnen, wenn es einmal vom EU-Rat und vom EU-Parlament angenommen worden ist?

FC Die Volksrechte werden genauso wenig von der EU unterdrückt wie die kantonalen Rechte durch den Bund. Die Volksrechte könnten sogar noch ausgeweitet werden.

Drittens halten wir am EU-Beitritt fest, weil es auf längere Sicht die einzige Lösung ist.

Bundespräsident Burkhalter will mit dem Rahmenabkommen, das er mit der EU aushandelt, eine Lösung für zwanzig Jahre haben...

MN Das entspricht nicht unserem Ziel. Aber im Moment geht es darum, wie wir ein verlässliches Verhältnis mit der EU aufrechterhalten können, und zwar mit der Personenfreizügigkeit.

Diese Verlässlichkeit hängt davon ab, ob die Bevölkerung dahinter steht. Der 9. Februar hat gezeigt, dass es Ängste in der Bevölkerung gibt. Berechtigt oder polemisch aufgebauscht?

VOR ALLEM IN DER DEUTSCHSCHWEIZ GIBT ES EINE SICHT: DORT DIE BÖSE EU, HIER DIE SCHWEIZ.

Martin Naef

Die EU lässt den Mitgliedsstaaten einen sehr grossen Spielraum bei der Auslegung des EU-Rechts. Sonst wäre sie schon längst explodiert.

MN Es gibt auch andere Länder, die mal ein Problem mit der EU hatten. Dänemark hat einen Sonderstatus, Grossbritannien auch. Das ist nicht das Ende der Welt.

FC Die Schweiz ist so stolz darauf, dass sie ausserhalb des politischen Prozesses der EU ist, und hat dennoch genauso viele Probleme mit der EU, wie wenn sie ein Mitglied wäre. Die Illusion der Schweiz besteht darin, dass sie glaubt, draussen zu sein. Dabei ist sie schon heute dabei, nur eben ohne Mitsprache. Stellen Sie sich doch einfach vor, dass die Schweiz morgen den Alleingang wagt. Das wäre möglich. Und dann? Dann würde es am nächsten Tag die gleichen Einflüsse, die gleichen Kontakte, die gleichen Schwierigkeiten mit den Nachbarn geben. Denn die Schweiz wäre noch immer da, wo sie ist: mitten in Europa.

Sie haben gesagt, dass die Nebs den bilateralen Weg immer mitgetragen hat. Stehen Sie auch hinter den Vorschlägen des Bundesrates zu dessen Weiterentwicklung?

MN Im Prinzip ja. Wir unterstützen alle Bemühungen, weiterhin verlässliche Beziehungen zu Europa zu unterhalten. Ich schätze die Bemühungen des Bundespräsidenten sehr.

FC Wir haben drei Ziele: Erstens wollen wir unbedingt verhindern, dass die Schweiz sich in einem Alleingang isoliert. Zweitens unterstützen wir alle Schritte einer weiteren Inte-

MN Beides. Ich komme aus dem Kreis 4. Ausländeranteil etwa 60 Prozent, grosser Dichtestress. Wir haben die Initiative mit rund 80 Prozent verworfen. Irgendwo im Napfgebiet gibt es keinen Dichtestress, aber 80 Prozent für die Initiative.

FC Das gleiche in Lausanne und in den anderen Städten. Das ist auch ein Problem der direkten Demokratie: Man kann Ängste schüren und darauf seine Politik aufbauen.

François Cherix, Sie waren schon bei der Diskussion über den EWR-Beitritt 1992 engagiert. Kann man die Stimmung nach dem EWR-Nein mit dem nach dem 9. Februar 2014 vergleichen?

FC Die Situation ist heute sehr viel schwieriger. 1992 haben wir eine Chance vertan. Es gab ein Projekt, es gab Hoffnung. Diese Hoffnung wurde enttäuscht, und das war ein Schock. Aber es war noch alles möglich. Diesmal wurde etwas zerstört, was wir selber aufgebaut haben, nämlich der Bilateralismus. Das ist politisch viel schlimmer. Es gibt heute weniger Hoffnung.

MN Der Bilateralismus war ein Ergebnis des Pragmatismus, nicht der Überzeugung. Und dennoch droht er nun zerstört zu werden. 1992 gab es einen Optimismus, ein gemeinsames Projekt Europa. Heute schlingert Europa. Das macht mir Sorge, nicht nur wirtschaftlich. Die Schweiz leistet sich im europäischen Konzert eine wohlstandsdekadente Verantwortungslosigkeit.

FC Wir können in eine Situation kommen, in der Europa sich erholt und einen Schritt nach vorn macht, und die Schweiz einen Schritt nach hinten.